

Politmonitor

Rückblick Frühjahrssession 2025

Publikationsdatum: 26.03.2025



Inhaltsverzeichnis

Sessionsrückblick	3
Neu eingereichte Geschäfte	8
Ausblick Kommissionssitzungen Q2	11
Laufende Vernehmlassungen	16
Hängige Geschäfte	19

Sessionsrückblick

Divers

03.03. Ständerat **24.4420** Motion Hegglin (M-E/ZG)

Rechtssicherheit bei der Erschliessung von Abbaugebieten

Stand: Zugewiesen an die behandelnde Kommission



Position: Bauenschweiz beantragt auch dem Nationalrat die Annahme der Motion. Der Ständerat nahm die Motion in der Frühjahrsession an.

Divers

03.03. Nationalrat **24.074** Geschäft des Bundesrates

UVG (Finanzierung der Stiftung Entschädigungsfonds für Asbestopfer). Änderung

Stand: Beratung in Kommission des Nationalrates abgeschlossen



Position: Die Schweizer Bauwirtschaft unterstützt die Vorlage und hat sich Anfang 2024 an der **Vernehmlassung** beteiligt. Bauenschweiz begrüsst als Dachverband eine institutionelle Lösung zur Finanzierung der Stiftung Entschädigungsfonds für Asbestopfer (Stiftung EFA) über die Suva und beantragt die Annahme.

Bauenschweiz beantragt auch dem Ständerat die Annahme des Geschäftes. Der Nationalrat nahm die Vorlage in der Frühjahrsession an.

Divers

04.03. Nationalrat **24.4256** Motion UREK-SR

Nationale Regelung zu Abscheidung, Transport und Speicherung von CO2

Stand: Beratung in Kommission des Nationalrates abgeschlossen



Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

04.03. Nationalrat **24.017** Geschäft des Bundesrates
**Gütertransportgesetz (Gütertransport durch Bahn- und
Schiffahrtsunternehmen). Totalrevision**
Stand: Erledigt



Position: Der Vorstand von Bauenschweiz hat im September 2023 eine **gemeinsame Haltung** zum Thema Versorgungssicherheit mit Baumaterial verabschiedet, in der er dazu aufruft, den Produktionsstandort Schweiz zu stärken. Dazu gehört auch eine langfristig sichere und bezahlbare Transportkapazität auf der Schiene.

Notizen: Die Vorlage wurde in der Schlussabstimmung verabschiedet.

Beschaffungsrecht, Divers

05.03. Ständerat **23.4079** Motion Gutjahr (SVP/TG)
Abstrakte Erfüllungsgarantie fairer ausgestalten
Stand: Erledigt




Position: Bauenschweiz unterstützte die Motion, die im Ständerat mit 20 zu 18 Stimmen abgelehnt wurde, und steht derzeit im Austausch mit den MItgliedern zu möglichen weiteren Schritten.

Wie **Bauenschweiz-Präsident Hans Wicki in der Ratsdebatte festhielt**, werden die abstrakten Erfüllungs- und Gewährleistungsgarantien immer öfter von privaten wie öffentlichen Bauherren (Besteller) verlangt. Diese dienen dazu, einen Besteller eines Werks zu schützen, wenn der Unternehmer seinen Auftrag nicht wie vereinbart erfüllt. Es handelt sich dabei um eine Kautionsgarantie, die bei einer Bank oder Versicherung (Garant) hinterlegt wird. Der Besteller kann diese unter dem geltenden Recht ohne Angabe von Gründen bzw. einem Beweis für eine mangelhafte Leistung beim Garanten ziehen und der Garant löst die Zahlung an den Besteller aus. Der Unternehmer kann erst nachträglich reagieren und die Kautionsgarantie über ein gerichtliches Verfahren zurückfordern. Er muss beweisen, dass er die Leistung ohne Mangel und wie vereinbart erfüllt hat.

Problematisch wird es, wenn der Besteller die Kautionsgarantie zieht, selbst wenn das Werk oder die Leistung einwandfrei sind. Das Ziehen der Kautionsgarantie wird vom Besteller zudem vermehrt als Druckmittel eingesetzt, um den Kaufpreis zu drücken. Er missbraucht damit den ursprünglichen Zweck der abstrakten Erfüllungs- und Gewährleistungsgarantien.

Der vertraglich geforderte Garantiebtrag wird von Bauherren auf bis zu 15% der Vergütungssumme angesetzt – es sind Beispiele bekannt von bis zu 30% des Gesamtvolumens. Das bedeutet somit bereits bei kleineren Bau- und Sanierungsvorhaben fünf oder sechstellige Beträge, die das Unternehmen hinterlegen muss. Der Besteller fordert diese Garantie zudem mit einer Laufzeit bis zu 10 Jahre nach Abnahme des Bauwerks. Solange ist eine solche Garantie für das Unternehmen gebunden. Auch bei finanziell gut aufgestellten Unternehmen – sowohl KMU als auch Grossunternehmen – kann bei mehreren Aufträgen gleichzeitig die Kreditlimite erreicht sein und weitere Aufträge können nicht mehr angenommen werden obwohl Kapazitäten vorhanden sind. Die Höhe der Gewährleistungs- oder Erfüllungsgarantie bringen die Unternehmen in finanzielle Schieflage.

Raumplanung

- 11.03. Ständerat **24.4411** Postulat Wicki (FDP-Liberale/NW) 
**In zwei Jahren von der Baueingabe bis zum Spatenstich.
Beschleunigung der Bauverfahren in Abstimmung mit dem Aktionsplan
gegen Wohnungsknappheit**
Stand: Überwiesen an den Bundesrat

Position: Bauenschweiz unterstützt das Postulat und die im Rahmen des Aktionsplans gegen die Wohnungsknappheit zusätzlichen, bereits gestarteten Massnahmen.


Divers

- 11.03. Ständerat **24.4410** Interpellation Wicki (FDP-Liberale/NW) 
Die SBB im Spannungsfeld zwischen Planung und Betrieb
Stand: Erledigt

Position: Bauenschweiz unterstützte die Interpellation.

Die **Stellungnahme** des Bundesrates zum Vorstoss liegt vor.

Divers

- 11.03. Ständerat **24.4056** Interpellation Moser (glp/ZH) 
**Aktionsplan zur Reduktion der Belastung von Mensch und Umwelt
durch langlebige Chemikalien wie PFAS. Nächste Schritte**
Stand: Erledigt

Position: Bauenschweiz und seine Mitgliederverbände anerkennen, dass PFAS sowohl für die menschliche Gesundheit als auch für die Umwelt eine Gefahr darstellen können und insbesondere die besorgniserregenden Stoffe eingedämmt werden müssen. Die Bauwirtschaft unterstützt im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei der Lösung dieser Herausforderung mitzuhelfen, um die kritischen Anwendungen von PFAS zu identifizieren und an der anwendungs- und sicherheitstechnischen Prüfung von Alternativen sowie Entsorgungslösungen zu arbeiten (siehe **gemeinsame Haltung** vom Juli 2024). Bei den laufenden und anstehenden Arbeiten sind u.a. folgende Rahmenbedingungen wichtig: Erarbeitung wissenschaftlich fundierter Daten zu den Auswirkungen des Einsatzes der beschränkten Stoffe, klar deklarierte Bezeichnungen und Definition von Richtwerten zu den beschränkten Stoffen sowie keine unrealistischen Pauschalverbote durch die Bauherrschaften.

Die **Stellungnahme** des Bundesrates zum Vorstoss liegt vor.

Divers

17.03. Nationalrat **25.3005** Postulat RK-NR
Verbesserung der Versicherungsdeckung bei Baumängeln
Stand: Überwiesen an den Bundesrat



Position: Bauenschweiz steht zusammen mit den betroffenen Mitgliedern für die Erarbeitung der Grundlagen für den Bericht zur Verfügung und nimmt nach der Session Kontakt mit dem zuständigen Bundesamt auf.

Kartellrecht

19.03. Ständerat **23.3224** Motion Français (FDP-Liberale/VD)
Institutionelle Reform der Wettbewerbskommission
Stand: Zugewiesen an die behandelnde Kommission



Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion und beantragt dem Nationalrat dem Ständerat zu Folgen und die Motion ebenfalls anzunehmen.

Divers

19.03. Ständerat **22.4563** Motion Grossen (glp/BE)
Eindämmung unfairer Konkurrenz durch Bundesbetriebe
Stand: In Kommission des Ständerats



Position: Bauenschweiz empfiehlt die Motion zur Annahme und beantragt dem Ständerat dem Nationalrat zu Folgen und die Motion ebenfalls anzunehmen.

Kartellrecht

19.03. Ständerat **22.4404** Motion Rechsteiner (M-E/Al)
Verfahren beschleunigen. Rechtssicherheit erhöhen
Stand: Überwiesen an den Bundesrat



Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion.

Divers

20.03. Nationalrat **24.3581** Motion Gapany (FDP-Liberale/FR)
Für eine vereinfachte Auszahlung der Schlechtwetterentschädigung bei grosser Hitze
Stand: Erledigt



Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion. Diese wurde jedoch in der Frühjahrsession vom Nationalrat abgelehnt.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

21.03. Nationalrat **21.432** Parlamentarische Initiative Ryser (GRÜNE/SG)
Grundlagen für ein CO2-Grenzausgleichssystem schaffen
Stand: In Kommission des Nationalrats



Position: Um die Produktion von Bauprodukten in der Schweiz langfristig zu sichern, braucht es für die hier ansässigen Unternehmen Investitionssicherheit und gleich lange Spiesse mit den Produktionsbedingungen im Ausland. Bauenschweiz beantragt der Kommission deshalb bei dieser Vorlage nicht abzuwarten, sondern Eckpfeiler zu definieren, um die Verwaltung mit einer Entwurfserarbeitung zu beauftragen.

Notizen: Der Nationalrat beschloss Fristverlängerung bis zur Frühjahrssession 2027. In der UREK-N wurden zur Umsetzung an einer der letzten Sitzungen Anhörungen durchgeführt.

Raumplanung

21.03. Nationalrat **20.492** Parlamentarische Initiative Bregy (M-E/VS)
**Vision und Strategie zu Grundlagen der Raum- und
Infrastrukturentwicklung. Dem Parlament verbindlich vorlegen!**
Stand: In Kommission des Nationalrats



Notizen: Fristverlängerung bis zur Frühjahrssession 2027.

Neu eingereichte Geschäfte

Raumplanung

25.3411 Motion Hübscher (SVP/ZH)
Infrastrukturbauten ermöglichen
Stand: Eingereicht



Divers

25.3407 Motion Addor (SVP/VS)
Titel folgt
Stand: Eingereicht



Divers

25.3322 Interpellation Nicolet (SVP/VD)
Titel folgt
Stand: Eingereicht



Divers

25.3188 Interpellation Schneider-Schneiter (M-E/BL)
Kritische Rohstoffe für die Nationale Sicherheit und Verteidigung
Stand: Eingereicht



Raumplanung

25.3153 Motion Würth (M-E/SG)
Aufgabenteilung im Bereich Denkmal-, Heimat- und Ortsbildschutz wieder auf den Kerngehalt der NFA I und der Verfassung zurückführen
Stand: Eingereicht



Raumplanung

25.3151 Motion Knutti (SVP/BE)
Schluss mit Windenergieanlagen direkt vor der Haustür
Stand: Eingereicht



Digitalisierung

25.3149 Interpellation Blunschy (M-E/SZ)

Verbindlicher IKT-Minimalstandard zur Steigerung der Resilienz gegen Cyberbedrohungen in der Schweiz

Stand: Eingereicht



Raumplanung

25.040 Geschäft des Bundesrates

Immobilienbotschaft zivil 2025

Stand: Zugewiesen an die behandelnde Kommission



Raumplanung

25.3143 Interpellation Herzog (SP/BS)

Bahnausbau: BIF am Anschlag?

Stand: Eingereicht



Raumplanung

25.3138 Interpellation Sollberger (SVP/BL)

Bahnausbau beschleunigen dank Vorfinanzierung?

Stand: Eingereicht



Raumplanung

25.3114 Postulat Fehr Düsel (SVP/ZH)

Vollzugshilfe für die Interessenabwägung bei Siedlungsentwicklungsprojekten nach innen

Stand: Eingereicht



Raumplanung

25.3113 Motion Ruch (FDP-Liberale/VD)

Titel folgt

Stand: Eingereicht



Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

25.3088 Postulat Imark (SVP/SO)

Überprüfung der PV-Förderung

Stand: Eingereicht



Divers

25.3080 Postulat Farinelli (FDP-Liberale/TI)

Investitionskosten und Vorschriften: Ist wirklich alles notwendig?

Stand: Eingereicht



Ausblick Kommissionssitzungen Q2

Divers

24.03. WAK-SR **24.3820** Motion WAK-NR
Gesundheitsschutz der Bauarbeitenden stärken, Fristen bei Hitzewellen verlängern
Stand: Beratung in Kommission des Ständerates abgeschlossen



Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion. Aktuell findet ein Dialog zwischen öffentliche Hand, Besteller, Suva und Ausführende zur Umsetzung des Anliegens sowie zur Einbettung in die gestartete Revision der Norm SIA 118 statt.

Divers

31.03. WAK-NR **24.3374** Motion Müller (FDP-Liberale/LU)
Produktionsstandort Schweiz sichern. Übergangsförderung für die Stahlindustrie zur Ökologisierung der Produktion
Stand: In Kommission des Nationalrats



Position: Die Überbrückungshilfen für Eisen-, Stahl- und Aluminiumproduzenten wurden mit der Schlussabstimmung im Bundesgesetz über die Stromversorgung geregelt. Darin werden auch die Bedingungen festgelegt für Preisnachlässe bei den Netznutzungsentgelten ([Text Schlussabstimmung](#)).

Bauenschweiz unterstützte die Motion. Der Vorstand hat im September 2023 auch eine **gemeinsame Haltung** zum Thema verabschiedet, in der er dazu aufruft, den Produktionsstandort Schweiz zu stärken. Aufgrund der ungleichen Spiesse mit dem Ausland sind sämtliche energieintensive Produktionen unternehmerisch stark gefordert. Bauenschweiz erwartet von der Politik und den Bundesbehörden ein klares Bekenntnis zum Produktionsstandort Schweiz. Es gibt dazu gerade in den Bereichen Umwelt, Energie und Finanzen zahlreiche Massnahmenmöglichkeiten, die keine Industriepolitik sind.

Divers

31.03. UREK-SR **23.3936** Motion Grossen (glp/BE)
Laden von Elektroautos im Mietverhältnis und Stockwerkeigentum
Stand: In Kommission des Ständerates



Kartellrecht

31.03. WAK-NR **23.3224** Motion Français (FDP-Liberale/VD)
Institutionelle Reform der Wettbewerbskommission
Stand: Zugewiesen an die behandelnde Kommission



Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion und beantragt dem Nationalrat dem Ständerat zu Folgen und die Motion ebenfalls anzunehmen.

Raumplanung

31.03. UREK-SR **23.060** Geschäft des Bundesrates
Geoinformationsgesetz. Änderung
Stand: Zugewiesen an die behandelnde Kommission



Position: Nachdem der Ständerat in der Sommersession Nichteintreten beschlossen hatte, hat der Nationalrat nun beschlossen, den Entwurf an den Bundesrat zurückzuweisen. Der Bundesrat soll insbesondere die Verfassungsgrundlage des Entwurfs eingehend prüfen und dafür sorgen, dass die neuen Bestimmungen keinen Präzedenzfall für die Verstaatlichung privater Daten darstellen. Unsere Position ist weiterhin «Handlungsbedarf Ja, vorgeschlagene Umsetzung Nein». Bauenschweiz begrüsst damit die Zurückweisung an den Bundesrat zur Klärung der Fragen.

Kartellrecht

31.03. WAK-NR 23.047 Geschäft des Bundesrates
Kartellgesetz (KG). Änderung
Stand: In Kommission des Nationalrats



Position: Das Kartellgesetz soll gemäss seinem verfassungsmässigen Auftrag gegen volkswirtschaftlich oder sozial schädliche Auswirkungen von Kartellen und anderen Wettbewerbsbeschränkungen vorgehen. Die Schweizer Wirtschaft ist auf einen funktionierenden Wettbewerb angewiesen, weshalb wir uneingeschränkt hinter diesen Zielen des Kartellgesetzes stehen. In den letzten Jahren hat sich jedoch gezeigt, dass die Praxis der Wettbewerbsbehörden zunehmend von diesem Prinzip abweicht. Der Einzelfall wird nicht mehr betrachtet – der Behörde genügt eine Fiktion der Schädlichkeit. Dies führt zu erheblichen Nachteilen für die Wirtschaft, da die Rechtssicherheit untergraben und die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt wird. Insbesondere zwei Bereiche erfordern eine dringende Kurskorrektur und dafür setzt sich Bauenschweiz mit weiteren Wirtschaftsdachverbänden ein.


1. Differenzierte Betrachtung von Wettbewerbsabreden

Im Bereich der Wettbewerbsabreden ist eine differenzierte Betrachtung unabdingbar. Es darf nicht sein, dass eine pauschale Annahme der Schädlichkeit über die Rechtswidrigkeit von Absprachen entscheidet. Vielmehr müssen die tatsächlichen Auswirkungen im Einzelfall bewertet werden. Derzeit pauschalisiert die WEKO (Wettbewerbskommission) die schädlichen Auswirkungen, ohne im konkreten Fall die Schädlichkeit darzulegen, was dazu führt, dass auch Absprachen sanktioniert werden, die den Wettbewerb nicht beeinträchtigen oder sogar fördern. Es ist notwendig, dass der Gesetzgeber den Wettbewerbsbehörden und Gerichten klar vorgibt, die spezifischen Umstände jedes Einzelfalls zu berücksichtigen. Dabei sollten qualitative und quantitative Elemente einbezogen werden. Die kartellrechtliche Unzulässigkeit muss auf Abreden beschränkt sein, die schädliche Auswirkungen auf den Wettbewerb haben. Das Ziel ist nicht eine Umkehrung der Wettbewerbspolitik, sondern lediglich eine Rückkehr zur Praxis, die seit dem Inkrafttreten des Kartellgesetzes bis zum Gaba-Urteil des Bundesgerichts vorherrschte. Art. 5 KG ist wie nachstehend zu ändern (= Mehrheit WAK-S) Art. 5 1bis Eine Wettbewerbsabrede, die den Wettbewerb erheblich beeinträchtigt, liegt nur dann vor, wenn ihre Schädlichkeit für den wirksamen Wettbewerb im konkreten Fall dargelegt ist. Dabei sind stets sowohl qualitative als auch quantitative Kriterien zu berücksichtigen.


2. Klarere Definition von Machtmissbrauch

Ein weiteres Problem betrifft den Missbrauch marktbeherrschender Stellungen. Es ist entscheidend, dass die Anwendung von Artikel 7 nicht auf theoretischen Gefährdungen des Wettbewerbs basiert, sondern auf der konkreten Darlegung einer Schädigung. Dieser Grundsatz ist mit widersprüchlichen Entscheidungen wie im Fall SIX/DCC in Frage gestellt. Es braucht daher eine gesetzliche Klarstellung. Der Gesetzgeber muss unmissverständlich festlegen, dass die schädlichen Auswirkungen im konkreten Fall nicht theoretisch, sondern tatsächlich vorliegen müssen. Ansonsten herrscht eine enorme Rechtsunsicherheit, welche Gift für Investitionen und Innovationen ist. Die Einzelfallbetrachtung führt zur Erhöhung der Rechtssicherheit. Art. 7 KG ist wie nachstehend zu ändern (= Mehrheit WAK-S) Art. 7 3 Ein missbräuchliches Verhalten gemäss Absatz 1 und 2 liegt nur dann vor, wenn seine Schädlichkeit für den wirksamen Wettbewerb im konkreten Fall dargelegt ist.

Raumplanung

- 31.03. UREK-SR **22.3953** Motion Munz (SP/SH)
**Beschleunigtes Bewilligungsverfahren für Fotovoltaikanlagen auf
Infrastrukturanlagen** 
Stand: Zugewiesen an die behandelnde Kommission


Divers

- 03.04. SGK-SR **24.074** Geschäft des Bundesrates
**UVG (Finanzierung der Stiftung Entschädigungsfonds für Asbestopfer).
Änderung** 
Stand: Beratung in Kommission des Nationalrates abgeschlossen

Position: Die Schweizer Bauwirtschaft unterstützt die Vorlage und hat sich Anfang 2024 an der **Vernehmlassung** beteiligt. Bauenschweiz begrüsst als Dachverband eine institutionelle Lösung zur Finanzierung der Stiftung Entschädigungsfonds für Asbestopfer (Stiftung EFA) über die Suva und beantragt die Annahme.


Bauenschweiz beantragt auch dem Ständerat die Annahme des Geschäftes. Der Nationalrat nahm die Vorlage in der Frühjahrsession an.

Divers

- 03.04. SGK-SR **22.4199** Motion Sollberger (SVP/BL)
**Anpassung der Bauarbeitenverordnung hinsichtlich der Notwendigkeit
zur Einreichung eines Gesundheits- und Sicherheitsschutzkonzeptes** 
Stand: Zugewiesen an die behandelnde Kommission

Position: Bauenschweiz unterstützt die in der Motion und Begründung aufgeführten Herausforderungen. Die Themenplattform Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz von Bauenschweiz hat dem BAG weitere Themen zugestellt, bei denen die Bestimmungen in der BauAV auf den Bau- und Sanierungsvorhaben nicht praxistauglich sind. Der Dachverband steht zur Umsetzbarkeit der verschiedenen Anliegen auch im Austausch mit der Suva.

Divers

- 10.04. RK-NR **21.470** Parlamentarische Initiative Roduit (M-E/VS)
**Die Nichteinhaltung der obligatorischen Arbeitsbedingungen stellt
einen qualifizierten unlauteren Wettbewerb dar und muss
strafrechtlich verfolgt werden** 
Stand: In Kommission des Nationalrats

Position: Bauenschweiz unterstützt die Parlamentarische Initiative.

Raumplanung, Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

- 22.05. WAK-SR **24.3614** Motion Z'graggen (M-E/UR)
**Steuerliche Anreize für den Schutz der Biodiversität. Naturnahe
Gestaltung fördern und Vielfalt stärken**
Stand: Zugewiesen an die behandelnde Kommission



Laufende Vernehmlassungen

Divers

2025/22 UVEK

Revision Verordnung über die Reduktion der CO₂-Emissionen (CO₂-Verordnung) per 1. Januar 2026



Laufend, Frist 02.07.25

Inhalt: Im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens laden wir Sie ein, zur Teilrevision der CO₂-Verordnung Stellung zu nehmen. Die revidierte CO₂-Verordnung tritt am 1. Januar 2026 in Kraft. Die Revision umfasst hauptsächlich notwendige Anpassungen im Schweizer Emissionshandelssystem, die eine äquivalente Weiterentwicklung mit dem Emissionshandelssystem der Europäischen Union sicherstellen. Die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen und die Kompetenzen des Bundesrates sind im revidierten CO₂-Gesetz festgelegt, das seit Januar 2025 gilt. Eine laufende Revision der CO₂-Verordnung, die bis am 17. Oktober 2024 in Vernehmlassung war, soll demnächst abgeschlossen werden. Sie soll teilweise rückwirkend per 1. Januar 2025 in Kraft gesetzt werden. Eine übersichtliche Darstellung der vorliegend geplanten Änderungen im Vergleich zum geltenden Recht (Art. 7 Abs. 1 Bst. b VIV) wird deshalb während der Vernehmlassung noch nachgereicht.

Behörde: Departement oder Bundeskanzlei

Unterlagen: [Vernehmlassungsvorlage](#) | [Erläuternder Bericht](#) | [Begleitschreiben-2](#) | [Begleitschreiben](#) | [Adressatenliste](#)

Betroffene SR-Nummern: [641.711](#)

Aktualisiert: 26.03.25

Raumplanung

2024/101 VBS

Änderung des Geoinformationsgesetzes – Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen



Laufend, Frist 30.06.25

Inhalt: Diese Vorlage baut auf den Ergebnissen der bereits dem Parlament vorgelegten Evaluation des Katasters der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen auf und enthält die daraus abgeleiteten Gesetzesanpassungen. Die vorgesehenen Änderungen des Geoinformationsgesetzes und die zugehörigen Fremdänderungen sollen eine Klärung des Verhältnisses zwischen dem Kataster und dem Grundbuch herbeiführen und eine inhaltliche Erweiterung des Katasters ermöglichen. Zudem wird im Sinne einer Vereinfachung und zur Vermeidung von Rechtsunsicherheiten nicht nur die spezialgesetzliche Haftung ersatzlos aufgehoben, sondern auch die Bestimmung, dass der Inhalt des Katasters als bekannt gilt.

Behörde: Bundesrat

Federführendes Amt: Bundesamt für Landestopografie

Unterlagen: [Vernehmlassungsvorlage](#) | [Erläuternder Bericht](#) | [Begleitschreiben](#) | [Begleitschreiben-2](#) | [Adressatenliste](#) | [Synoptische Tabelle](#) | [Fragebogen](#)

Betroffene SR-Nummern: [510.62](#) | [210](#) | [732.1](#)

Aktualisiert: 25.03.25

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

2024/96 EFD

Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2027



Laufend, Frist 05.05.25

Inhalt: Der Bundeshaushalt droht aus dem Gleichgewicht zu geraten. Die Ausgaben wachsen wesentlich schneller als die Einnahmen, so dass die verfassungsrechtlichen Vorgaben der Schuldenbremse ohne Gegenmassnahmen nicht mehr eingehalten werden können. Ab 2027 sind deshalb namhafte Korrekturen gemäss aktueller Finanzplanung im Umfang von bis zu 3 Milliarden Franken pro Jahr notwendig. Mit dem vorliegenden Entlastungspaket 2027 unterbreitet der Bundesrat Massnahmen, mit denen das Ausgabenwachstum reduziert und der Haushalt wieder ins Gleichgewicht gebracht werden kann.

Behörde: Bundesrat

Federführendes Amt: Eidgenössische Finanzverwaltung

Unterlagen: [Vernehmlassungsvorlage](#) | [Erläuternder Bericht](#) | [Begleitschreiben](#) | [Begleitschreiben-2](#) | [Adressatenliste](#) | [Synoptische Tabelle](#) | [Fragebogen](#)

Betroffene SR-Nummern: [921.0](#) | [725.116.2](#) | [814.20](#) | [832.10](#) | [923.0](#) | [142.20](#) | [312.5](#) | [341](#) | [419.1](#) | [420.1](#) | [451](#) | [783.0](#) | [814.01](#) | [814.91](#) | [824.0](#) | [613.2](#) | [831.10](#) | [922.0](#) | [641.61](#) | [721.100](#) | [901.0](#) | [172.019](#) | [412.10](#) | [730.0](#) | [741.01](#) | [641.71](#) | [414.20](#) | [910.1](#) | [642.11](#) | [616.1](#) | [641.81](#) | [916.40](#) | [784.40](#)

Aktualisiert: 30.01.25

Divers

2024/89 UVEK

Indirekter Gegenvorschlag (Änderung des Kernenergiegesetzes) zur Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)»



Laufend, Frist 03.04.25

Inhalt: Das Verbot des Erteilens der Rahmenbewilligung für Kernkraftwerke im Kernenergiegesetz vom 21. März 2003 soll aufgehoben werden.

Behörde: Departement oder Bundeskanzlei

Federführendes Amt: Bundesamt für Energie

Unterlagen: [Vernehmlassungsvorlage](#) | [Erläuternder Bericht](#) | [Begleitschreiben](#) | [Begleitschreiben-2](#) | [Adressatenliste](#) | [Synoptische Tabelle](#)

Betroffene SR-Nummern: [732.1](#)

Aktualisiert: 21.12.24

Hängige Geschäfte

Divers

24.4420 Motion Hegglin (M-E/ZG)

Rechtssicherheit bei der Erschliessung von Abbaugebieten

Stand: Zugewiesen an die behandelnde Kommission



Position: Bauenschweiz beantragt auch dem Nationalrat die Annahme der Motion. Der Ständerat nahm die Motion in der Frühjahrsession an.

Divers

24.3820 Motion WAK-NR

Gesundheitsschutz der Bauarbeitenden stärken, Fristen bei Hitzewellen verlängern

Stand: Beratung in Kommission des Ständerates abgeschlossen



Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion. Aktuell findet ein Dialog zwischen öffentliche Hand, Besteller, Suva und Ausführende zur Umsetzung des Anliegens sowie zur Einbettung in die gestartete Revision der Norm SIA 118 statt.

Raumplanung, Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

22.05. WAK-SR

24.3614 Motion Z'graggen (M-E/UR)

Steuerliche Anreize für den Schutz der Biodiversität. Naturnahe Gestaltung fördern und Vielfalt stärken

Stand: Zugewiesen an die behandelnde Kommission




Divers

31.03. WAK-NR **24.3374** Motion Müller (FDP-Liberale/LU) 
Produktionsstandort Schweiz sichern. Übergangsfinanzierung für die Stahlindustrie zur Ökologisierung der Produktion
Stand: In Kommission des Nationalrats

Position: Die Überbrückungshilfen für Eisen-, Stahl- und Aluminiumproduzenten wurden mit der Schlussabstimmung im Bundesgesetz über die Stromversorgung geregelt. Darin werden auch die Bedingungen festgelegt für Preisnachlässe bei den Netznutzungsentgelten (**Text Schlussabstimmung**).

Bauenschweiz unterstützte die Motion. Der Vorstand hat im September 2023 auch eine **gemeinsame Haltung** zum Thema verabschiedet, in der er dazu aufruft, den Produktionsstandort Schweiz zu stärken. Aufgrund der ungleichen Spiesse mit dem Ausland sind sämtliche energieintensive Produktionen unternehmerisch stark gefordert. Bauenschweiz erwartet von der Politik und den Bundesbehörden ein klares Bekenntnis zum Produktionsstandort Schweiz. Es gibt dazu gerade in den Bereichen Umwelt, Energie und Finanzen zahlreiche Massnahmenmöglichkeiten, die keine Industriepolitik sind.


Divers

03.04. SGK-SR **24.074** Geschäft des Bundesrates 
UVG (Finanzierung der Stiftung Entschädigungsfonds für Asbestopfer). Änderung
Stand: Beratung in Kommission des Nationalrates abgeschlossen

Position: Die Schweizer Bauwirtschaft unterstützt die Vorlage und hat sich Anfang 2024 an der **Vernehmlassung** beteiligt. Bauenschweiz begrüsst als Dachverband eine institutionelle Lösung zur Finanzierung der Stiftung Entschädigungsfonds für Asbestopfer (Stiftung EFA) über die Suva und beantragt die Annahme.

Bauenschweiz beantragt auch dem Ständerat die Annahme des Geschäftes. Der Nationalrat nahm die Vorlage in der Frühjahrsession an.

Divers

31.03. UREK-SR **23.3936** Motion Grossen (glp/BE) 
Laden von Elektroautos im Mietverhältnis und Stockwerkeigentum
Stand: In Kommission des Ständerats

Raumplanung

31.03. UREK-SR **23.060** Geschäft des Bundesrates
Geoinformationsgesetz. Änderung
Stand: Zugewiesen an die behandelnde Kommission



Position: Nachdem der Ständerat in der Sommersession Nichteintreten beschlossen hatte, hat der Nationalrat nun beschlossen, den Entwurf an den Bundesrat zurückzuweisen. Der Bundesrat soll insbesondere die Verfassungsgrundlage des Entwurfs eingehend prüfen und dafür sorgen, dass die neuen Bestimmungen keinen Präzedenzfall für die Verstaatlichung privater Daten darstellen. Unsere Position ist weiterhin «Handlungsbedarf Ja, vorgeschlagene Umsetzung Nein». Bauenschweiz begrüsst damit die Zurückweisung an den Bundesrat zur Klärung der Fragen.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

31.03. UREK-SR **23.051** Geschäft des Bundesrates
02.05. UREK-SR **Energiegesetz. Änderung (Beschleunigungserlass)**
Stand: Mehrere Entwürfe in Beratung



Kartellrecht

31.03. WAK-NR 23.047 Geschäft des Bundesrates
Kartellgesetz (KG). Änderung
Stand: In Kommission des Nationalrats



Position: Das Kartellgesetz soll gemäss seinem verfassungsmässigen Auftrag gegen volkswirtschaftlich oder sozial schädliche Auswirkungen von Kartellen und anderen Wettbewerbsbeschränkungen vorgehen. Die Schweizer Wirtschaft ist auf einen funktionierenden Wettbewerb angewiesen, weshalb wir uneingeschränkt hinter diesen Zielen des Kartellgesetzes stehen. In den letzten Jahren hat sich jedoch gezeigt, dass die Praxis der Wettbewerbsbehörden zunehmend von diesem Prinzip abweicht. Der Einzelfall wird nicht mehr betrachtet – der Behörde genügt eine Fiktion der Schädlichkeit. Dies führt zu erheblichen Nachteilen für die Wirtschaft, da die Rechtssicherheit untergraben und die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt wird. Insbesondere zwei Bereiche erfordern eine dringende Kurskorrektur und dafür setzt sich Bauenschweiz mit weiteren Wirtschaftsdachverbänden ein.


1. Differenzierte Betrachtung von Wettbewerbsabreden

Im Bereich der Wettbewerbsabreden ist eine differenzierte Betrachtung unabdingbar. Es darf nicht sein, dass eine pauschale Annahme der Schädlichkeit über die Rechtswidrigkeit von Absprachen entscheidet. Vielmehr müssen die tatsächlichen Auswirkungen im Einzelfall bewertet werden. Derzeit pauschalisiert die WEKO (Wettbewerbskommission) die schädlichen Auswirkungen, ohne im konkreten Fall die Schädlichkeit darzulegen, was dazu führt, dass auch Absprachen sanktioniert werden, die den Wettbewerb nicht beeinträchtigen oder sogar fördern. Es ist notwendig, dass der Gesetzgeber den Wettbewerbsbehörden und Gerichten klar vorgibt, die spezifischen Umstände jedes Einzelfalls zu berücksichtigen. Dabei sollten qualitative und quantitative Elemente einbezogen werden. Die kartellrechtliche Unzulässigkeit muss auf Abreden beschränkt sein, die schädliche Auswirkungen auf den Wettbewerb haben. Das Ziel ist nicht eine Umkehrung der Wettbewerbspolitik, sondern lediglich eine Rückkehr zur Praxis, die seit dem Inkrafttreten des Kartellgesetzes bis zum Gaba-Urteil des Bundesgerichts vorherrschte. Art. 5 KG ist wie nachstehend zu ändern (= Mehrheit WAK-S) Art. 5 1bis Eine Wettbewerbsabrede, die den Wettbewerb erheblich beeinträchtigt, liegt nur dann vor, wenn ihre Schädlichkeit für den wirksamen Wettbewerb im konkreten Fall dargelegt ist. Dabei sind stets sowohl qualitative als auch quantitative Kriterien zu berücksichtigen.

2. Klarere Definition von Machtmissbrauch


Ein weiteres Problem betrifft den Missbrauch marktbeherrschender Stellungen. Es ist entscheidend, dass die Anwendung von Artikel 7 nicht auf theoretischen Gefährdungen des Wettbewerbs basiert, sondern auf der konkreten Darlegung einer Schädigung. Dieser Grundsatz ist mit widersprüchlichen Entscheidungen wie im Fall SIX/DCC in Frage gestellt. Es braucht daher eine gesetzliche Klarstellung. Der Gesetzgeber muss unmissverständlich festlegen, dass die schädlichen Auswirkungen im konkreten Fall nicht theoretisch, sondern tatsächlich vorliegen müssen. Ansonsten herrscht eine enorme Rechtsunsicherheit, welche Gift für Investitionen und Innovationen ist. Die Einzelfallbetrachtung führt zur Erhöhung der Rechtssicherheit. Art. 7 KG ist wie nachstehend zu ändern (= Mehrheit WAK-S) Art. 7 3 Ein missbräuchliches Verhalten gemäss Absatz 1 und 2 liegt nur dann vor, wenn seine Schädlichkeit für den wirksamen Wettbewerb im konkreten Fall dargelegt ist.

Divers


03.04. SGK-SR **22.4199** Motion Sollberger (SVP/BL) 
**Anpassung der Bauarbeitenverordnung hinsichtlich der Notwendigkeit
zur Einreichung eines Gesundheits- und Sicherheitsschutzkonzeptes**
Stand: Zugewiesen an die behandelnde Kommission

Position: Bauenschweiz unterstützt die in der Motion und Begründung aufgeführten Herausforderungen. Die Themenplattform Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz von Bauenschweiz hat dem BAG weitere Themen gestellt, bei denen die Bestimmungen in der BauAV auf den Bau- und Sanierungsvorhaben nicht praxistauglich sind. Der Dachverband steht zur Umsetzbarkeit der verschiedenen Anliegen auch im Austausch mit der Suva.

Raumplanung

31.03. UREK-SR **22.3953** Motion Munz (SP/SH) 
**Beschleunigtes Bewilligungsverfahren für Fotovoltaikanlagen auf
Infrastrukturanlagen**
Stand: Zugewiesen an die behandelnde Kommission

Divers

10.04. RK-NR **21.470** Parlamentarische Initiative Roduit (M-E/VS) 
**Die Nichteinhaltung der obligatorischen Arbeitsbedingungen stellt
einen qualifizierten unlauteren Wettbewerb dar und muss
strafrechtlich verfolgt werden**
Stand: In Kommission des Nationalrats

Position: Bauenschweiz unterstützt die Parlamentarische Initiative.

Kartellrecht

24.4590 Motion Rüeegg (SVP/BE)

Sektoruntersuchung einführen. Strukturelle Wettbewerbsprobleme lösen

Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor



Position: Bauenschweiz empfiehlt die Ablehnung der Motion und unterstützt die Position der **economiesuisse**. Auszug: Bereits heute verfügt die Behörde über ausreichende Mittel zur Marktbeobachtung. Eine Ausweitung hingegen würde die Unternehmen belasten, denn eine solche Ausweitung der Marktbeobachtung hätte zusätzliche Mitwirkungspflichten für Unternehmen zur Folge. Es bestünde das Risiko, dass das Instrument für unbegrenzte Informations- und Datenabfragen genutzt würde («fishing expeditions»). Weiter kommt hinzu, dass auch bestehende institutionelle Schwächen im Kartellverfahren verschärft würden: beispielsweise fehlt ein kontrollierendes Gegengewicht zur starken Stellung der WEKO, da Untersuchung und Entscheidung zu wenig getrennt sind. Schliesslich zeigen Erfahrungen aus dem Ausland, dass solche Instrumente zu Marktinterventionen ohne klare Rechtsverstösse führen können.

Divers

22.4563 Motion Grossen (glp/BE)

Eindämmung unfairer Konkurrenz durch Bundesbetriebe

Stand: In Kommission des Ständerats



Position: Bauenschweiz empfiehlt die Motion zur Annahme und beantragt dem Ständerat dem Nationalrat zu folgen und die Motion ebenfalls anzunehmen.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

23.4204 Motion Imboden (GRÜNE/BE)

Fachkräfteoffensive für die Stärkung der Solarindustrie in der Schweiz

Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor



Divers

24.4256 Motion UREK-SR

Nationale Regelung zu Abscheidung, Transport und Speicherung von CO₂

Stand: Beratung in Kommission des Nationalrates abgeschlossen



Kartellrecht

23.469 Parlamentarische Initiative Rieder (M-E/VS)

Klare Spielregeln für Bundesunternehmen im Wettbewerb mit Privaten

Stand: In Kommission des Ständerats



Position: Bauenschweiz unterstützt die Parlamentarische Initiative.

Kartellrecht

23.461 Parlamentarische Initiative Caroni (FDP-Liberale/AR)

Klare Spielregeln für Bundesunternehmen im Wettbewerb mit Privaten

Stand: In Kommission des Ständerats



Position: Bauenschweiz unterstützt die Parlamentarische Initiative.

Divers

23.462 Parlamentarische Initiative Grossen (glp/BE)

Klare Spielregeln für Bundesunternehmen im Wettbewerb mit Privaten

Stand: In Kommission des Nationalrats



Position: Bauenschweiz unterstützt die Parlamentarische Initiative.

Divers

24.3780 Motion Grossen (glp/BE)

Marktgerechte Löhne beim Bund. Privatwirtschaft nicht mit ungleichen Spiessen konkurrenzieren

Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor



Divers

24.3805 Motion Marti (SP/BL)

Für eine vereinfachte Auszahlung der Schlechtwetterentschädigung bei grosser Hitze

Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor



Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

24.3547 Motion Golay (MCG/GE)

Die Winterstromproduktion zuerst ausbauen

Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor



Divers

24.3549 Motion Blunschy (M-E/SZ)

Hürden für die Unternehmensnachfolge abbauen, Nachteile gegenüber der Firmengründung eliminieren

Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor



Divers

24.432 Parlamentarische Initiative Gutjahr (SVP/TG)

Wettbewerb und Sozialversicherungen mit Solidarhaftung schützen

Stand: Zugewiesen an die behandelnde Kommission



Position: Bauenschweiz unterstützt das Anliegen und beantragt der Pa.Iv. Folge zu geben. Die Bauwirtschaft hat die darin formulierten Herausforderungen erkannt und setzt sich bereits seit Jahren über die Branchen- und Berufsverbände für das Thema ein. Dies alleine reicht jedoch nicht, um dem gesetzeswidrigen Missbrauch bei den Sozialabgaben vollumfänglich entgegen zu wirken. Je weiter nachgelagert eine Subbranche in der Wertschöpfungskette auf einem Bau- oder Sanierungsvorhaben ist, desto intensiver der Preiskampf und desto stärker der Anreiz für illegale Geschäftspraktiken. Dies schadet einer geordneten und partnerschaftlichen Zusammenarbeit und dem Image aller an Bau- oder Sanierungsvorhaben beteiligten Akteuren. Aus diesem Grund wird in der Pa.Iv. der Vorschlag gemacht, die im Entsendegesetz bereits verankerte Haftung der Erstunternehmen zu den Netto-Mindestlöhnen und Arbeitsbedingungen auf die Beitragszahlungen bei den Sozialversicherungen und dem GAV Bildungsbeträgen auszuweiten. Eine Umsetzung soll KMU-freundlich und effizient ohne unverhältnismässigen administrativen Mehraufwand sein und entsprechend im definitiven Gesetzestext sichergestellt werden.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

23.4190 Motion Ryser (GRÜNE/SG)

Ein Green Deal für die Schweizer Solarindustrie. Versorgungssicherheit stärken, Abhängigkeit von China reduzieren

Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor



Raumplanung, Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

23.4432 Motion Z'graggen (M-E/UR)

Förderung der Qualität der bestehenden Schutzflächen und der Biodiversität im Siedlungsraum

Stand: In Kommission des Ständerats



Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

23.4507 Interpellation Suter (SP/AG)

Nationale Aufklärungskampagne über die Wichtigkeit von gesunder Innenraumluft

Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor



Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

23.4280 Motion Mäder (glp/ZH)

Erstellung von Balkon-Solarkraftwerken vereinfachen

Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor



Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

23.3824 Interpellation Dettling (SVP/SZ)

Kriechstrom bei Fotovoltaikanlagen

Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor



Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

23.3810 Interpellation Jauslin (glp/AG)

Ohne Geothermie läuft die Energiestrategie auf!

Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor



Raumplanung

23.3717 Motion Burgherr (SVP/AG)

Mehr Freiraum beim Umbau landwirtschaftlicher Bauten

Stand: Zugewiesen an die behandelnde Kommission



Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion.

Raumplanung

23.4453 Motion Brenzikofer (GRÜNE/BL)

Veloschnellstrassen realisieren

Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor



Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

23.4520 Motion Bäumle (glp/ZH)

Förderung der Qualität der bestehenden Schutzflächen und der Biodiversität im Siedlungsraum

Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor



Divers

23.4522 Motion Jauslin (glp/AG)

Abbau unnötiger Bürokratie bei Bestimmungen der Bauarbeitsverordnung

Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor



Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

23.4226 Postulat Clivaz (GRÜNE/VS)

Förderung des selektiven Rückbaus durch die Einführung eines Inventars "Ressourcendiagnose"

Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor



Raumplanung

23.3718 Motion Burgherr (SVP/AG)

Baugesuche schneller behandeln

Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor



Position: Bauenschweiz unterstützt die Motion.

Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

23.3804 Postulat Brenzikofer (GRÜNE/BL)
Vollzug der Umweltgesetzgebung harmonisieren
Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor



Beschaffungsrecht, Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

23.3756 Motion Roth Pasquier (M-E/FR)
Koordinierte Förderung von Innovationen im Bereich der Klimaschutztechnologien
Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor



Nachhaltiges Bauen & Bewirtschaften

23.3826 Motion Porchet (GRÜNE/VD)
Verzögerungen bei den Baustellen des Bundes sollen sich weniger stark auf Städte und Regionen auswirken
Stand: Stellungnahme zum Vorstoss liegt vor

